

Steuern und Abgaben

Hohe Abgabenbelastung in
Deutschland

S. 2

Währungsunion

Defizitquote: Alle Euroländer im
grünen Bereich

S. 3

Alterssicherung

Dauerbaustelle Rentensystem

S. 4

Wirtschaft für den Unterricht

Foto: Matthias Bozek/pixelio.de

Außenhandel

Deutscher Leistungsbilanzüberschuss in der Diskussion

International wird Deutschland wegen seines hohen Leistungsbilanzüberschusses häufig kritisiert. Ökonomen der Commerzbank sind den Gründen für diesen Überschuss nachgegangen.

Mit knapp 300 Milliarden US-Dollar wies Deutschland im vergangenen Jahr erneut den mit Abstand höchsten Überschuss in der Leistungsbilanz weltweit auf. Auch 2018 steuert das Land auf ein Leistungsbilanzplus von 280 Milliarden Euro zu, prophezeien führende Forschungsinstitute. Dabei hatte Deutschland über die gesamten 1990er Jahre noch ein Leistungsbilanzdefizit. Die Wende kam Anfang des Jahrtausends, als im Handel mit den Euroländern und dem Rest der Welt zunehmend Überschüsse erzielt wurden. Was sind die Gründe dafür? Über diese Frage haben Ökonomen der Commerzbank nachgedacht.

Unterschiedliches Sparverhalten

Den Commerzbank-Experten zufolge spielt der schwache Euro, der Exporte ins Nicht-Euro-Ausland erleichtert, zwar eine Rolle. Doch Anfang dieses Jahrtausends sei der Außenwert sogar noch etwas tiefer gewesen als heute, und damals befand sich die Leistungsbilanz gegenüber den Nicht-Euro-Ländern leicht im Minus. Auch die deutsche Lohnzurückhaltung könne nicht als alleinige Erklärung herhalten, selbst wenn die Lohnstückkosten

in Deutschland in den ersten Jahren der Währungsunion tatsächlich stagnierten, während sie im Durchschnitt der anderen Euroländer um 15 Prozent zulegten, wodurch deutsche Waren im Verhältnis günstiger wurden. Die Commerzbank sieht die eigentlichen Gründe für die deutschen Überschüsse im unterschiedlichen Sparverhalten der Länder. Ein positiver Leistungsbilanzsaldo bedeutet, dass die Inländer für Konsum und inländische Investitionen weniger ausgeben, als sie erwirtschaften – so sei es auch in Deutschland. Es sind laut der Commerzbank insbesondere die Salden des Staates und der Unternehmen, die sich zwischen 2001 und 2016 um 4 bzw. 5 Prozent des BIP verbessert haben. Statt die niedrigen Zinsen für Investitionen zu nutzen, haben Bund und Unternehmen ihre Schulden abgebaut.

Die Commerzbank-Ökonomen argumentieren, dass sich an den Gründen für den hohen deutschen Leistungsbilanzüberschuss in naher Zukunft kaum etwas ändern werde. Um einen stärkeren Protektionismus seiner Handelspartner zu verhindern, solle Deutschland sich innerhalb der EU für eine Senkung der eigenen Import-Zölle einsetzen, fordern die Analysten. Davon abgesehen müssten vor allem die Unternehmen stärker investieren. Sie verfügten über ausreichend finanzielle Mittel, aber im Inland fehle es offenbar an rentablen Investitionsmöglichkeiten.

Steuern und Abgaben

Hohe Abgabenbelastung in Deutschland

Kaum ein anderes Industrieland belastet die Arbeitseinkommen so stark wie Deutschland. Vor allem Geringverdiener und Alleinerziehende sind betroffen, zeigt eine Studie der OECD.

Alleinstehende Durchschnittsverdiener in Deutschland hatten im vergangenen Jahr Abzüge durch Einkommensteuer und Sozialabgaben von 49,7 Prozent zu tragen, wie aus einem von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichten Vergleich hervorgeht. Nur von Belgien wurde dieser Wert mit 53,7 Prozent noch übertroffen. Der OECD-Durchschnitt der 35 untersuchten Länder liegt dagegen bei 35,9 Prozent, in der benachbarten Schweiz nur bei 21,8 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr (2016) ist der Wert in Deutschland noch einmal um 0,2 Prozentpunkte gestiegen.

Hoher Anteil an Sozialabgaben

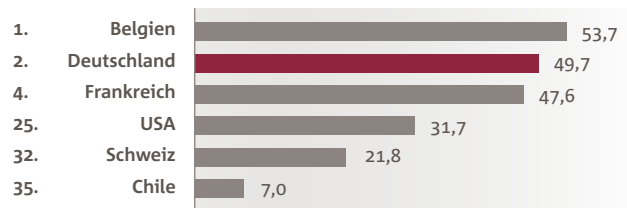
Aufgrund des hohen Anteils an Sozialabgaben in Deutschland seien vor allem die Einkommen von Geringverdienern und Alleinerziehenden stark belastet, betonte die OECD. Für Alleinerziehende mit zwei Kindern und zwei Dritteln des Durchschnittslohns etwa liegen die Abzüge durch Steuern und Sozialabgaben hierzulande bei 31,5 Prozent: In der gesamten OECD ist der

Schnitt mit 15,3 Prozent nicht einmal halb so hoch. Auch Familien, in denen beide Partner arbeiten, schneiden in Deutschland sehr ungünstig ab – wiederum steht nur Belgien schlechter da. Bei Paaren mit zwei Kindern, von denen lediglich ein Partner als Durchschnittsverdiener erwerbstätig ist, liegt Deutschland in der OECD-Rangliste dagegen auf Platz 9. Auch hier allerdings ist die Durchschnittsbelastung der Industriestaaten deutlich geringer.

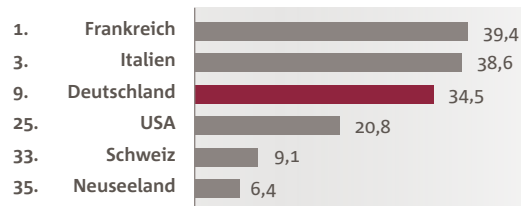
Die Steuer- und Abgabenlast

OECD-Rang in Prozent des Bruttoverdienstes 2017

Alleinstehender



Alleinverdiener, verheiratet, zwei Kinder



Quelle: OECD.

30%

beträgt seit Januar 2016 die gesetzlich vorgeschriebene Mindest-Frauenquote für Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen in Deutschland. Mit der Wahl von drei Frauen in den Aufsichtsrat des Softwarekonzerns SAP ist die Frauenquote

in den 30 Dax-Unternehmen im Mai erstmals über diese Quote gestiegen. Während vor drei Jahren nur 27 Frauen in den Dax-Aufsichtsratsgremien saßen, haben sie mittlerweile 81 von 256 Aufsichtsratsposten. Fünf Dax-Unternehmen erfüllen die Quote individuell noch nicht. Sie müssen frei werdende Stellen bei Neuwahlen jetzt zwingend mit Frauen besetzen.

Lektüre-Tipp:

Yascha Mounk: Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht. Droemer Verlag, München 2018, 352 Seiten, 22,90 Euro

Die politikwissenschaftliche Diskussion über die Zukunft der Demokratie ist um eine gewichtige Stimme reicher: Der in München aufgewachsene und an der Harvard University lehrende Yascha Mounk untersucht in seinem von der Kritik hochgelobten Buch „Der Zerfall der Demokratie“ Ursachen und Triebkräfte für das Aufkommen des populistischen Nationalismus, den der 35-Jährige als eine existenzielle Gefahr für die liberalen demokratischen Systeme einstuft. In seiner

Analyse verzichtet Mounk auf jede Form von Vorhersagen, dringt dafür umso tiefer in das Seelenleben unserer demokratischen Gesellschaften ein und formuliert Handlungsempfehlungen, die das Vertrauen in die Politik wiederherstellen sollen. Dabei macht er es sich und dem Leser aber nicht zu einfach: Einen sicheren Ausweg vermag auch er nicht aufzuzeigen. Den Wert des Buches vermag dies nicht zu schmälern.

Finanzmärkte im Blick

Politische Unsicherheiten nehmen zu

Im Monat Mai haben die Aktienmärkte zunächst eine positive Entwicklung genommen. Experten verwiesen darauf, dass die Welt das erste Mal seit dem Jahr 2010 wieder einen synchronen Aufschwung erlebe und sich alle Regionen im wirtschaftlichen Aufwind befinden. Die laufende Berichtssaison untermauert diesen Trend – die Unternehmenszahlen sind überwiegend positiv. Die Tatsache, dass der Euro gegenüber dem Dollar abgewertet hat, ist obendrein eine gute Nachricht für die europäischen Produzenten, werden doch ihre Waren auf dem Weltmarkt preislich attraktiver. Da passte es gut, dass auch an der handelspolitischen Front – zumindest an einer Stelle – etwas Entspannung eingekehrt ist: China will Zölle senken und künftig mehr amerikanische Güter und Dienstleistungen erwerben. Reicht das aber schon, um die USA von den angekündigten Strafzöllen auf chinesische Güter abzuhalten?

Gegen Ende des Monats haben die Finanzmärkte die weiterhin bestehenden politischen Unsicherheiten aber nicht mehr

ignorieren können, zumal weitere hinzugekommen sind. In Europa wuchs die Sorge, dass eine neue italienische Regierung, die von den populistischen Fünf Sternen und der rechtsextremen Lega getragen wird, auf ökonomischen Konfrontationskurs mit den Regeln der Währungsunion gehen und das Vertrauen in die drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone massiv erschüttern könnte. Obgleich diese Regierung nun doch nicht zustande kommt, dürften die Sorgen über die weitere Entwicklung in Italien nicht ganz verschwinden. Kopfschmerzen bereitet Investoren zudem der Streit über das Atomabkommen mit Iran. US-Präsident Trump kündigte die Vereinbarung auf und droht mit neuen Sanktionen. Europäische Unternehmen, die weiter Geschäfte mit Iran betreiben wollen, könnten zur Zielscheibe der amerikanischen Behörden werden. Folgen hat die Aufkündigung des Abkommens auch für den Ölpreis: Da iranische Öllieferungen dem Weltmarkt entzogen werden könnten, ist der Preis für die Sorte Brent signifikant angestiegen.

»Gegen Ende des Monats haben die Finanzmärkte die politischen Unsicherheiten nicht mehr ignorieren können.«

Währungsunion

Defizitquote: Alle Euroländer im grünen Bereich

Die niedrigen Zinsen und die gute Konjunktur im Euroraum haben Folgen: Alle Staaten dürften 2018 den Maastrichter Referenzwert unterschreiten.

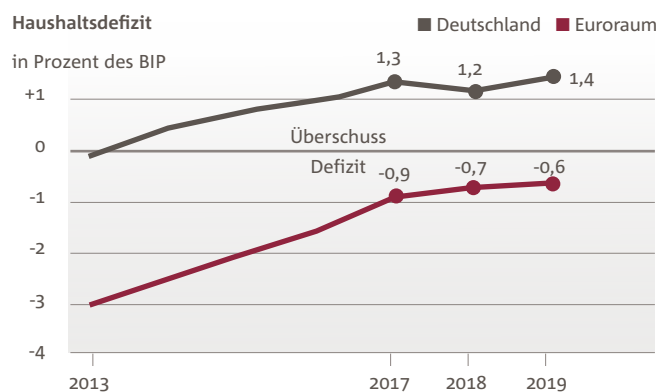
Das Wirtschaftswachstum im Euroraum war 2017 so hoch wie seit zehn Jahren nicht mehr und bleibt auch in diesem und im kommenden Jahr auf ähnlichem Niveau. Dies hat Folgen für die Verschuldung der Staaten: Erstmals seit Beginn der Währungsunion dürften in diesem Jahr alle Euroländer den Maastrichter Referenzwert für das Staatsdefizit von 3 Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), unterschreiten. Im Euroraum-Durchschnitt wird die Defizitquote wohl nur noch 0,7 Prozent des BIP betragen. Dies sind die positiven Eckwerte der Frühjahrs-Konjunkturprognose der EU-Kommission, die Währungskommissar Pierre Moscovici Anfang Mai in Brüssel vorgestellt hat.

Schuldenquote noch immer deutlich über 60 Prozent

Schon 2017 hatten bis auf Spanien und Portugal alle EU-Staaten den Maastricht-Wert unterschritten. Dabei lag Frankreich mit einem Defizit von 2,7 Prozent erstmals seit 2007 unter dem Referenzwert. Zwölf der 28 EU-Staaten und acht der 19 Eurostaaten wiesen 2017 sogar einen Haushaltsüberschuss aus, darunter

auch Deutschland. Bedingt durch die gute Konjunkturentwicklung und die niedrigen Zinsen, so die Kommission, werde auch die Staatsschuld weiter sinken. Bereits zwischen 2016 und 2017 ist die Schuldenquote von 89,0 auf 86,7 Prozent des BIP im Euroraum bzw. von 83,3 auf 81,6 Prozent in der gesamten EU gesunken. Diese Durchschnittswerte liegen allerdings immer noch deutlich über dem Maastrichter Referenzwert von 60 Prozent des BIP. Eine besonders hohe Schuldenlast tragen weiterhin Griechenland (178,6 Prozent), Italien (131,8 Prozent), Portugal (125,7 Prozent), Belgien (103,1 Prozent) und Spanien (98,3 Prozent). Von diesen fünf Ländern haben nur Belgien und Portugal die Schuldenquote nach 2014 deutlich gesenkt.

Frühjahrsprognose der EU-Kommission



Schätzung für 2017, Prognosen für 2018 und 2019; Quelle: EU-Kommission.

Im Fokus

Alterssicherung

Dauerbaustelle Rentensystem

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat eine Rentenkommission vorgestellt, die bis 2020 Vorschläge für eine nachhaltige Alterssicherung in Deutschland vorlegen soll. Die Aufgabe ist gewaltig, denn Herausforderungen für das Rentensystem gibt es viele.

Die zehnköpfige Rentenkommission, die sich aus Vertretern von Sozialverbänden, Wissenschaft und Politik zusammensetzt, solle die Weichen für einen „verlässlichen Generationenvertrag“ stellen und müsse bei den Zukunftsplänen für die Rente auch die Veränderung der Arbeitswelt durch die Digitalisierung berücksichtigen, so die Erwartung des Bundesarbeitsministers. Die konstituierende Sitzung des Gremiums ist für den 6. Juni geplant, bis März 2020 soll der Abschlussbericht vorliegen. Ob es die Empfehlungen der Rentenkommission noch vor der nächsten Bundestagswahl ins Gesetzesblatt schaffen, ist unklar.

Wer nur auf die gegenwärtigen Zahlen der gesetzlichen Rentenversicherung schaut, dem leuchtet die Notwendigkeit einer Kommission nicht unbedingt ein. Die gute Lage am Arbeitsmarkt verschafft der Rentenkasse derzeit üppige Einnahmen; dank Rücklagen von mehr als 30 Milliarden Euro konnte zum 1. Januar der hälftig von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu entrichtende Beitragssatz sogar auf 18,6 Prozent gesenkt werden. Für Ruheständler in Deutschland waren zuletzt kräftige Rentenerhöhungen drin. Warum also der Zwang, grundsätzliche Lösungen für ein offenbar funktionierendes System zu finden?

Die demografische Herausforderung

Eine Antwort auf diese Frage findet, wer sich noch einmal Aufbau und Wesen der gesetzlichen Rentenversicherung vor Augen führt. Diese fußt auf dem sogenannten Umlageverfahren: Die Jüngeren zahlen Beiträge ein, von denen umgehend die Renten der aktuellen Rentner-Generation bezahlt werden. Rücklagen gibt es nicht, Ausnahme ist eine Reserve von höchstens 1,5 Monatsausgaben. Die Höhe der individuell bezogenen Rente orientiert sich zwar an den zuvor geleisteten Beitragszahlungen, doch bezahlt wird sie von den gegenwärtig Beschäftigten.

Von wesentlicher Bedeutung ist also das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den aktiv Beschäftigten auf der einen, Rentnern und Rentnerinnen auf der anderen Seite. Hier nun liegt das Problem, denn seit einiger Zeit leidet das Rentensystem zunehmend unter dem demografischen Wandel. Was heißt das? Die Zahl der Geburten in Deutschland ist über einen län-

geren Zeitraum gesunken, hat sich erst in jüngerer Zeit auf einem gegenüber den 1960er Jahren allerdings deutlich geringeren Niveau stabilisiert. Dies hat zur Folge, dass in Zukunft immer weniger Arbeitskräfte – und damit Beitragszahler – zur Verfügung stehen. Zudem steigt die Lebenserwartung älterer Menschen: In den 1960er Jahren hatte ein 65-jähriger Mann im Schnitt noch rund zwölf Jahre zu leben, heute sind es 18 Jahre. Prognosen gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Folge: Die Zeit des Rentenbezugs wird – zumindest bei gleichbleibendem Renteneintrittsalter – weiter steigen.

Spätestens Mitte des kommenden Jahrzehnts, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der sogenannten Babyboomer aus dem Arbeitsleben ausscheiden, stößt das bisherige System an seine Grenzen. Schon ab 2020 wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Rentenempfängern und Beitragszahlern drastisch verschlechtern – und das etwa 20 Jahre lang. Derzeit kommen rund 35 Rentner auf hundert Personen im erwerbsfähigen Alter, im Jahr 2040 werden es bereits 51 sein – obwohl das Renteneintrittsalter dann bereits bei 67 Jahren liegen wird. Wirtschaftswissenschaftler verweisen darauf, dass solche Prognosen trotz des langen Zeithorizonts keine großen Unsicherheiten aufweisen. Die Zahl der Rentner von morgen ist schon bekannt: Es sind die Beitragszahler von heute. Und aus der heutigen Zahl der Kinder ergibt sich im Wesentlichen das Arbeitskräftepotenzial von morgen. Der Faktor Einwanderung könnte hier allerdings noch entlastend wirken.

Vorhaben der Bundesregierung

Angesichts dieser strukturellen Veränderungen war die Alterssicherung in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand von Reformbestrebungen. In den Nuller-Jahren etwa beschloss die damalige große Koalition, das Renteneintrittsalter stufenweise auf 67 Jahre zu erhöhen. Eine nachhaltige Antwort auf die Alterung der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist bislang aber nicht gefunden worden.

Mit dem Beschluss, eine Rentenkommission einzurichten, hatten Union und SPD eines der heikelsten Streitthemen aus den Koalitionsverhandlungen ausgeklammert – zumindest zum Teil. Denn die SPD konnte für die Zeit bis 2025 eine sogenannte doppelte Haltelinie durchsetzen: Bis zu diesem Jahr darf erstens der Beitragssatz für die Rentenversicherung nicht über die Marke von 20 Prozent steigen. Und zweitens darf das Rentenniveau nicht unter die aktuelle Höhe von 48 Prozent sinken. Bis 2030 sieht die derzeit noch gültige Gesetzeslage vor, dass das Rentenniveau auf bis zu 43 Prozent sinken und der Beitragssatz auf bis zu 22 Prozent steigen darf. Für die Zeit danach gibt es aktuell keine gesetzlichen Haltelinien.

Im Fokus

Verschiedene Forscher weisen allerdings darauf hin, dass die neue doppelte Haltelinie über 2025 hinaus nur mit Dutzenden Milliarden Euro an Zusatzkosten pro Jahr zu finanzieren wäre und deutliche Steuererhöhungen nötig machen würde. Die Forscher vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München etwa kommen laut einem Bericht der SZ zu dem Schluss, dass 2025 elf Milliarden Euro im Jahr fehlen würden, 2030 bereits 45 Milliarden Euro, 2035 dann 80 Milliarden Euro und 2048 mehr als 125 Milliarden Euro im Jahr. Auch Rentenversicherungspräsidentin Roßbach warnte, dass die doppelte Haltelinie aus heutiger Sicht nur bis 2024 aus Beitragsgeldern gesichert werden könne. Ab 2025 dürften also erstmals Steuerzuschüsse erforderlich werden.

Stellschrauben zur Reform des Rentensystems

Um das Rentensystem trotz der demografischen Entwicklung funktionsfähig zu halten, gibt es im Grunde vier Stellschrauben. Erstens könnte der Beitragssatz erhöht werden, um so die Einnahmen zu steigern, die in die Rentenkassen fließen. Ein höherer Beitragssatz würde allerdings bedeuten, dass zum einen die Arbeitskosten anstiegen, was der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht dienlich wäre. Zum anderen hieße dies, dass die heutigen und künftigen Beitragszahler – sollte es sich um die einzige Stabilisierungsmaßnahme handeln – über Gebühr in Anspruch genommen werden, um das Rentensystem zu finanzieren.

Zweitens könnte das Rentenniveau sinken. Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet zwar nicht zwangsläufig, dass die Auszahlungen an Rentner stagnieren oder zurückgehen müssen, denn die Erhöhung der Rentenzahlungen orientiert sich an der Entwicklung der Löhne. Deswegen sinkt das Rentenniveau tendenziell auch dann, wenn die Rentenzahlungen weniger stark steigen als die Löhne. Um das Vertrauen in die gesetzliche Rente und ihr Versprechen, einen gewissen Lebensstandard im Alter zu sichern, nicht zu zerstören, stößt eine Absenkung des Rentenniveaus dennoch auf Widerstände. Befürworter eines geringeren Rentenniveaus weisen hingegen darauf hin, dass die Bürger ihren Lebensstandard im Alter dadurch sichern können, dass sie sich ergänzend privat absichern – seit der Rentenreform von 2001 wird dies auch staatlich gefördert. Auch die betriebliche Alterssicherung spielt in diesem Konzept eine wichtige Rolle.

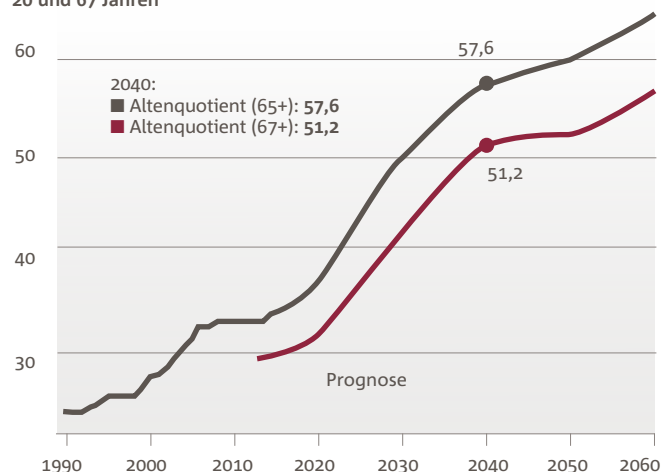
Drittens könnte das Renteneintrittsalter erneut erhöht werden, um so die Zahl der Beitragszahler zu erhöhen. Auch diese Möglichkeit stößt zwar zum Teil auf vehemente Kritik, viele Experten sehen sie allerdings als logische Konsequenz einer gestiegenen Lebenserwartung an und schlagen vor, das Rentenalter in Zukunft automatisch an die Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln.

Schließlich könnte die Höhe des Steuerzuschusses, der bereits heute die Rentenkasse mitfinanziert, noch einmal deutlich heraufgesetzt werden. Befürworter dieser Maßnahme sehen in der Stabilität der Alterssicherung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein von den Beitragszahlern finanziert werden dürfe, weswegen der Steuerzahler Defizite ausgleichen müsste. Kritiker bemängeln, dass jetzt schon viel Geld aus dem Staatsetat in die Rentenkasse fließe und dies keine nachhaltige Antwort auf die demografische Entwicklung sei. Wie aber könnte diese nachhaltige Antwort aussehen? Möglicherweise aus einer Kombination dieser vier Maßnahmen?

Altenquotient

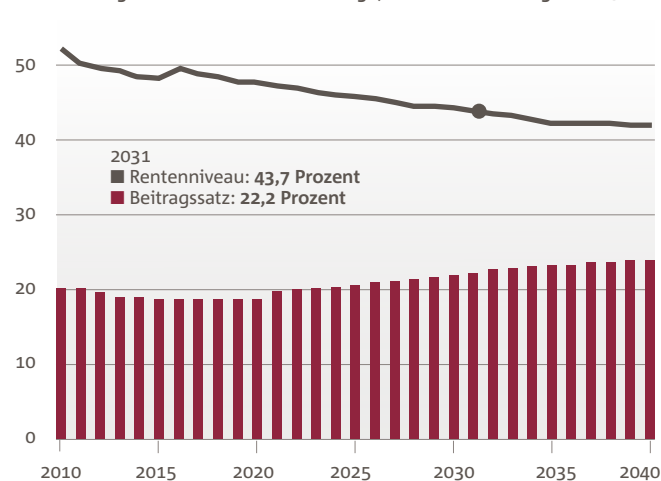
So viele Ältere (65+) kommen auf 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren

So viele Ältere (67+) kommen auf 100 Personen zwischen 20 und 67 Jahren



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Nettorentenniveau vor Steuern sowie Beitragssatz zur GRV in Prozent auf der Grundlage der aktuellen Gesetzeslage, Vorausberechnung bis 2040



Quelle: Prognos.

European Money Quiz

Top-Platzierung für Deutschland

Deutschland hat beim ersten European Money Quiz den dritten Platz belegt. Europaweit beteiligten sich insgesamt gut 40.000 Schüler aus 25 Ländern an dem Wettbewerb.

Welche Schulden solltest du versuchen, als Erstes zurückzahlen – die mit dem niedrigsten oder höchsten Zins oder die niedrigsten bzw. höchsten Schulden? So lautete eine von insgesamt 30 Fragen beim European Money Quiz, das Anfang Mai in Brüssel ausgetragen wurde. Zwei Schüler des Münchener Adolf-Weber-Gymnasiums hatten sich mit ihrem Wirtschaftskurs zuvor deutschlandweit durchgesetzt und traten gegen Teams aus 24 anderen Ländern in Europa an. Mit beachtlichem Erfolg: Nach zwei spannenden Finalrunden schafften sie es auf den dritten Platz, der mit einem ansehnlichen Pokal belohnt wurde. Bei der Konkurrenz auf der Spieleplattform Kahoot hatten nur die Teams aus Polen als Sieger und Irland öfter richtig bzw. schneller geantwortet. Die korrekte Antwort zu den Schulden sowie über 100 weitere Online-Übungsfragen gibt es auf schulbank.de.



Schülerwettbewerb

Bankenplanspiel SCHUL/BANKER gewinnen Schülerteams aus Donauwörth, Soest und Mannheim

Das Finale des 20. Bankenplanspiels SCHUL/BANKER wurde Ende April entschieden: Der erste Platz geht an das SCHUL/BANKER-Team der „Langbank“ vom Gymnasium Donauwörth. Zweite wurden die „AfB & Co. KG-Banker“ des Hubertus-Schwartz-Berufskollegs Soest. Auf den dritten Platz kam das Team „Global

Bank“ von der Friedrich-List-Schule Mannheim. Im historischen Stadtbad Oderberger Straße in Berlin hielt die Staatsministerin der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Dorothee Bär, die Laudatio und überreichte die Preise an die Gewinner-Teams. Der Bankenverband richtete den Wettbewerb SCHUL/BANKER bereits zum 20. Mal aus. Die drei Gewinner-Teams bekommen Geldpreise in Höhe von 4.000, 3.000 und 2.000 Euro für ihre Schulen und zusätzlich 500, 400 und 300 Euro für die Teams. Mehr Informationen finden Sie auf unseren Internetseiten bankenverband.de und schulbanker.de.



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Oliver Santen | Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, schulbank@bdb.de, schulbank.de | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln